



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Conrad, Max: Zwangswirtschaft und Sozialisierung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

persönlichen Auslesemethoden so zu verquicken und zu ergänzen haben, daß Arbeitsgemeinschaft, die immer im Sachlichen und Persönlichen zugleich begründet ist, zu höchster Entfaltung zu kommen vermag.

Dieser Leistungswille des Neudeutschtums ist die wahre Eisenkur, die uns aus der Erschlaffung und Versumpfung des Zusammenbruches herausreißen kann. Mit diesen harten Mitteln allein kann ein tragfähiger Untergrund für eine deutsche Zukunft geschaffen werden. Ob darauf dereinst trüchtige Kultur erwachsen wird, ob wir uns endgültig zur Zivilisation beschieden haben, darf und soll nicht vorausberechnet, sondern gläubig und vertrauensvoll erwartet werden. Bewußtem Wollen unterliegt nur der Zivilisationsbereich, den dies neudeutsche Leistungssystem absteckt, um ihn einer sehr rauhen Zukunft abzutragen. Jedem Einzelnen fällt die Absage an das rostende Erbe einer zu überwindenden Daseinsform, die entschlossene Ausprägung persönlichen Neudeutschtums schwer genug. Aber es geht heute nicht um romantische Sentimentalitäten. Wenn der Weltkrieg keine Schule neudeutschen Willens gewesen ist, dann ist der Verfall jeder deutschen Daseinsform unaufhaltsam.



Zwangswirtschaft und Sozialisierung

Von Max Conrad



allher Rathenau bezeichnete sich in einem Vortrage über die Kriegsrrohstoffversorgung, der auch im Buchhandel erschienen ist, selbst als den Begründer der Zwangswirtschaft, und er nimmt dies wohl mit Recht für sich in Anspruch. Die Initiative, die er im Herbst 1914 durch seine bekannten Schritte beim damaligen Kriegsminister v. Falkenhayn und seine darauf folgenden Gründungen von Organisationen zur Kriegsrrohstoffversorgung gegeben hat, kann ihm jedenfalls nicht abgesprochen werden. Rathenau soll nun selbst erklärt haben, bei seinem Vorgehen habe ihm das Beispiel Josephs in Ägypten vorgeschwebt, der den Pharao überredet habe, rechtzeitig für die Zeiten der Not zu sammeln. Es ist interessant, daß uns neuerdings geschichtliche Dokumente belehren, daß die Erzählung von Joseph in Ägypten höchst wahrscheinlich historischen Untergrund hat. Sie scheint mit den Begebenheiten unter Cheops identisch zu sein. Allerdings erscheint nach diesen von nicht jüdischer Seite stammenden Überlieferungen der geschichtliche Hergang in ganz anderem Lichte: Zum Pharao Cheops (2500 vor Christi) kamen landfremde Männer, charakterisiert durch gebogene Nasen, und überredeten den König, daß er selbst allen Handel im Lande an sich nehme. Der Pharao wurde unermeslich reich, aber am Ende seiner langen Regierung war das ägyptische Volk arm und die Äcker unbestellt. Sein Nachfolger Chefren setzte sein System fort. Beide hinterließen Pyramiden, die größer waren als alle ihre Vorgänger und Nachfolger, und die Zeugnis ablegen für den unermeslichen Reichtum der beiden Pharaonen, nicht aber für den Reichtum ihres Volkes, das vorher eine blühende Periode

erlebt hatte und über dem System zugrunde gegangen war. Und zuletzt sprengte die Wut des Volkes die Fessel und machte nicht vor dem toten Cheops halt, dessen Leichnam aus seiner Pyramide herausgeholt und in Stücke gerissen wurde. Und Herodot berichtet staunend, daß der Haß gegen Cheops und Chefren in Ägypten Jahrtausende überdauere und noch zu seiner Zeit im Volke lebendig sei. Man könnte die Geschichte von Joseph und Cheops in jüdischer und ägyptischer Beleuchtung als Motto auch über unsere Zwangswirtschaft schreiben, denn auch nach dem Berichte der Bibel handelt es sich hier ganz offensichtlich um den ersten uns überlieferten Versuch einer Zwangswirtschaft. Joseph wird eingesetzt von Pharao mit den Worten: Niemand in Ägypten soll eine Hand noch einen Fuß rühren ohne dein Gebot. Alle Nahrungsmittel, die Ägypten hervorbrachte, mußten abgeliefert werden in die Städte und in die Verwaltung Josephs. Auch bei unserer Zwangswirtschaft handelt es sich um eine Übernahme des Handels auf die regierende Macht, bei uns auf den Staat. Auch bei uns steht ein Zusammenbruch der Zwangswirtschaft bevor, und der Wohlstand des Volkes ist durch sie untergraben. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele der Zwangswirtschaft oder des Kommunismus, was im Grunde dasselbe ist, nur von zwei verschiedenen Seiten angesehen. Aber keiner dieser Versuche hat es vermocht, sich zu halten. Das legt den Gedanken nahe, daß das System als solches nicht lebensfähig ist. Da aber trotzdem die Zwangswirtschaft noch heute großen Massen inner- und außerhalb Deutschlands als das erstrebte Wirtschaftsideal der Zukunft erscheint, wird es zunächst unsere Aufgabe sein, die Gründe klar zu legen, weshalb sich dieses System mit der sozialen Natur des Menschen nicht verträgt.

Zunächst ist aber noch darauf hinzuweisen, daß, wenn Rathenau auch mit Recht für sich die letzte Initiative in Anspruch nimmt, doch seine Gedanken bereiteten Boden vorfinden. Rathenau wäre wohl nicht durchgedrungen, wenn nicht sein Gedanke, wie man zu sagen pflegt, im Zuge der Zeit gelegen hätte. Und diese Vorbereitung hat im wesentlichen die sozialdemokratische Theorie geleistet. Die Übernahme der Produktion auf den Staat, die Sozialisierung, ist letzten Endes der Grundgedanke der sozialdemokratischen Lehre. Zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus besteht nur ein quantitativer Unterschied, indem der letztere schon heute weiter gehen will als der erstere. Im Grunde aber sind beide dasselbe. Das wird häufig nicht genügend beachtet, da in ihrer ersten Entwicklungsperiode die Sozialdemokratie zunächst andere praktische Ziele verfolgte und ihre eigentliche Theorie im Hintergrunde blieb. Die Sozialdemokratie ist die Partei des Proletariats. Die Klassenvertretung des Arbeiterstandes war ein dem deutschen Volksempfinden verständlicher und sympathischer Gedanke, an ihm ist sie groß gewachsen, hier wurde ihr auch durch ihre Gegner Verechtigung zuerkannt. Im Hintergrunde aber lag immer ihre Theorie. Wenn man diese Theorie alles wissenschaftlichen Nützleugs und alles geistreichen Schmuckes entkleidet, so bleibt als menschlicher Kern ein kindlicher Gedanke übrig: Der Arme, der fern vom völkerführenden Leben in Not und Arbeitslast und hartem Kampf um das tägliche Brot seine Tage verbringt, der keine wirkliche Kenntnis hat von jenem Leben, das ihm nur als Glanz und Glück erscheint, träumt von einer besseren Zeit, in der ihm seine Last abgenommen wird. Er baut ein Luftschloß. Wer aber soll

ihm seine Last abnehmen? Der preußische Staatsgedanke mit seiner straffen Entwicklung der Macht und Disziplin ist auch in ihm lebendig als ein tiefer, eingewurzelter Respekt vor diesem Gebilde. Nur einer ist so stark, daß er ihm seine Last abnehmen kann: der Staat. Der Staat soll ihm helfen, soll für ihn sorgen, ihn nähren, ihn kleiden, so daß er aller Sorge und Arbeit überhoben ist. Um diesen Traum vom Wolken-Rucksackheim oder vom Schlaraffenlande wurde dann als starke wissenschaftliche Wehr die Theorie von der Sozialisierung gebaut. Der Traum, der ohne Kenntnis vom praktischen Leben geträumt wurde, wurde so in konkrete, anscheinend praktisch erreichbare Formen gebannt. Der Staat aber oder die ihn führende Klasse, die diesen Weg nicht gehen will, und aus ihrer besseren Kenntnis des praktischen Lebens heraus ihn nicht gehen kann, wird zunächst zum Feinde, der dem Glück des Proletariats im Wege steht. Daraus wird das politische Ziel der Revolution geboren. Nun, nachdem die Revolution da ist, wird gebieterisch Erfüllung des Traumes verlangt. Die bisherigen Führer, die zur Herrschaft gelangt sind und damit auch größere Einsicht in die Schwierigkeit der Verwirklichung des alten Traumes gewonnen haben, werden, soweit sie sich widersetzen, gleichfalls zu Feinden. Die Sozialdemokratie zerfällt in radikale und weniger radikale Parteien. Das ist in wenigen Worten Sinn und Entwicklung der sozialdemokratischen Theorie. Es ist notwendig, den rein menschlichen Sinn großer Bewegungen herauszuschälen; nur dann bildet man sich ein klares Urteil über die Theorie, die als Rüstzeug um diesen Kern gelegt ist: der Marxismus ist ebensowenig zu verwirklichen, wie das Schlaraffenland, das der Proletarier erträumt.

Aber auch die Entwicklung der Politik der letzten Jahrzehnte hat den Boden für die heutigen Zustände mit vorbereiten helfen. Die Klassenvertretung der Arbeiterschaft und ihre Forderung nach Besserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters wurde von den herrschenden Klassen als berechtigt anerkannt. Dazu kam bei der Regierung die Sorge vor der Revolution, dem Kampfmittel dieser Klasse. Freiwilliges Entgegenkommen und Eingehen auf die berechtigten Wünsche war der Weg, mit dem man der Revolution das Wasser abgraben wollte. Bismarck betrat diesen Weg mit seiner Botschaft vom Jahre 1888, mit der die Sozialpolitik inaugurirt wurde. Man suchte die soziale Bewegung aus der sozialdemokratischen herauszuschälen. Dieser Gedanke wieder lag nahe, weil er unmittelbar anknüpfte an den preußischen Staatsgedanken, an den Gedanken des Wohlfahrtsstaates. Er ist preußisches Erbteil, herausgewachsen aus der dem Preußentum eigenen straffen Zusammenfassung der Staatskräfte und der von jedem verlangten Bürgerpflicht und Disziplin dem Staate gegenüber. Denn nur soweit kann allgemeine straffe Unterordnung verlangt werden, als auch die Stelle, die diese Unterordnung verlangt, es als ihre Pflicht ansieht, von sich aus für die Interessen der sich Unterordnenden zu sorgen. Der Wohlfahrtsstaat ist deutsche Erfindung, wenigstens in dem Umfange, in dem er uns geläufig ist. Der englischen und allen westlichen Demokratien lag der Gedanke zunächst fern. Sorge für Recht und Ordnung ist ihr vorwiegender Inhalt. Erst das deutsche Beispiel hat auch sie auf andere Wege geleitet. Die Grenze zwischen Wohlfahrtsstaat und Rechtsstaat ist natürlich eine fließende. Es gibt in der Praxis keine reine Form beider Typen. Maßgebend ist lediglich die vorwiegende Tendenz. Die dem

Preußentum innewohnende Tendenz zum Wohlfahrtsstaate schloß von vornherein ein immer weiteres Fortschreiten auf dieser Bahn in sich, so daß die Gefahr nahe lag, daß der Gedanke bis zum unerträglichen Fürsorge- und Bevormundungsstaat unter Umständen auswachsen könnte. Besonders stark wurde diese Gefahr mit dem Aufkommen der sozialen Richtung. Es ist immer gefährlich, einem Gegner wie der revolutionären Sozialdemokratie durch Entgegenkommen das Wasser abgraben zu wollen, ein politisches Mittel, das nur in der Hand eines starken Mannes, der sich der möglichen Grenzen klar bewußt ist, Erfolg verspricht. In der Hand des schwachen nachbismarckschen Regimes hatte es zur Folge, daß sich die Regierung immer mehr den Gedankengängen der Sozialdemokratie anpaßte und ihr auch auf Gebiete folgte, die unter Umständen staatsgefährlich werden konnten, ohne darum doch, wie die Revolution gezeigt hat, das erstrebte Ziel zu erreichen. Gegen die Sozialpolitik als solche soll damit natürlich nichts gesagt werden. Sie gehört für uns zu den herrschenden Staatsgrundsätzen und wird es für lange Zeit bleiben, und der Verfasser selbst ist viele Jahre mit Neigung in ihr tätig gewesen. Das darf aber nicht die Erkenntnis ausschließen, daß es auch für die Sozialpolitik eine Grenze gibt, bei der sie statt Segen zu stiften, für Allgemeinheit und Staat zum Verderben werden kann. Der Selbsthilfe der beteiligten Wirtschaftskreise muß im Staatsganzen genügender Spielraum gelassen werden. Es kann nicht alle Fürsorge vom Staate erwartet werden. Es ist Sache der sich jetzt unter Bildung immer kräftigerer Berufsvertretungen aller Stände geltend machenden Gegenwehr gegen den gegenwärtigen Zwangsstaat, für die Zukunft die richtige Grenze zu ziehen.

Hier haben wir es nur mit der Sozialisierung zu tun. Auch dieser Gedanke verlor unter der geschilderten, immer stärker werdenden Richtung des alten Regimes allmählich seine Schrecken, und als dann die Not des Krieges kam und unter militärischer Einwirkung von der anderen Seite der Preußengedanke straffter Zentralisation zur Beseitigung der Gefahren mit Entschiedenheit hervortrat, ergab sich der Weg zur Zwangswirtschaft ohne inneren Widerstand von selbst.

Es soll hier nicht behauptet werden, daß dieser Weg im allgemeinen falsch war. Fürsorgende Maßnahmen waren geboten. Ob die Zwangswirtschaft so, wie sie kam, notwendig war und nützlich, ist eine andere Frage. Das Versäumnis einer vorherigen gründlichen, theoretischen Durcharbeitung, einer wirtschaftlichen Mobilmachung hat sich jedenfalls bitter gerächt. Mit einer solchen wären vielleicht andere Bahnen eingeschlagen worden. Doch auch darüber soll hier nicht gerechnet werden. Wichtig für uns ist es nur, klar zu erkennen, daß wir mit der Zwangswirtschaft nichts anderes vor uns haben, als eine durchgreifende Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Die Formen mögen im einzelnen andere sein, als sie in der sozialdemokratischen Theorie vorgesehen sind, teilweise noch nicht ganz so weit gehen. In der Sache aber bedeutet sie dasselbe. Mag die Sozialisierung für die Zeiten eines Notstandes in mehr oder weniger großem Umfange zweckmäßig sein, wie auch für den menschlichen Körper in Zeiten besonderer Anspannung Gifte als Arzneimittel oder Heilmittel notwendig sind. Ein Gift für den Volkskörper bleibt sie darum doch, und als Dauerzustand muß sie ihn zugrunde richten. Die Gefahr, daß die Sozialisierung in ihren verschiedenen Formen in

einen Dauerzustand übergeht, ist trotz der Angriffe, die sie findet, noch außerordentlich groß. Darum müssen ihre vernichtenden Wirkungen klargelegt werden.

Als wissenschaftlicher Gedanke ist die Sozialisierung als dauernde Staatsform unhaltbar. Sie hätte überhaupt nicht zu einem Schule machenden Wirtschaftssystem werden können, wenn nicht unsere Volkswirtschaftslehre — obwohl sie sich teilweise klassisch nennt — zu sehr in philosophischen Theoremen stecken geblieben wäre. Die Volkswirtschaftslehre ist aber keine Philosophie, sondern eine praktische Wissenschaft. Sie muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, in erster Linie die Naturwissenschaft vom Leben des Volkes sein. Sie muß in erster Linie immer die naturwissenschaftlichen Gesetze ermitteln, nach welchen eine Volksgemeinschaft materiell und geistig lebt. Immer nur auf dieser Grundlage kann aufgebaut werden. Theoreme wie der Marxismus sind gar keine wirkliche Wissenschaft.

Die Sozialisierungstheorie erkennt das grundlegende Gesetz alles gemeinschaftlichen Lebens. Eine Volksgemeinschaft setzt sich zusammen aus Einzelwesen. Von der Natur des Menschen aber ist der Besitz untrennbar. Er ist eine notwendige Form seiner Beziehungen zur Außenwelt, ohne die ein handelndes Wesen nicht bestehen kann. Gemeint ist der Besitz in seiner weitesten Bedeutung, der Besitz von Weib und Kind, Nahrung, Kleidung, Heimstätte, von denjenigen Mitteln, die die Befriedigung dieser Bedürfnisse für die Zukunft gewährleisten usw. Der Kommunismus, die logisch konsequentere Durchführung des Sozialisierungsgedankens, verneint das Recht auf den Besitz, auch in seinen engsten Formen, sogar das Recht auf den Besitz von Weib und Kind. Die Sozialisierung verneint nur das Recht auf den Besitz der sogenannten Produktionsmittel, das heißt alles dessen, woraus der Mensch die materiellen Gegenstände seines Besitzes erzielt. Die Beschränkung, die hier vorgenommen wird, kann die Unrichtigkeit des Gedankens vielleicht verschleiern, aber nicht beseitigen. Die Form, in welcher das dem Menschen eingeborene Bedürfnis nach Besitz in die Erscheinung tritt, ist die Selbsthilfe. Sie ist es beim primitiven Menschen so gut, wie bei Menschen in der höchststehenden, kompliziertesten Staatsgemeinschaft. Sie ist in jedem Wirtschaftsleben die treibende Kraft. Die Formen der Selbsthilfe werden in jeder sozialen Gemeinschaft durch Recht und Gesetz, durch Moral und Sitte, durch private Abereinunft gegen einander abgegrenzt, so daß sie reibungslos neben einander oder in Unterordnung unter einen gemeinschaftlichen Zweck arbeiten können. Niemals aber kann grundsätzlich ein Wirtschaftsleben aufgebaut werden, das einzig mit einer anderen Triebkraft als der Selbsthilfe jedes Einzelnen arbeitet. Der sozialisierte Staat will dem Einzelnen die Tätigkeit zur Sorge für seine Bedürfnisse abnehmen. Diese Sorge soll der Staat auf sich nehmen. Dem Einzelnen bleibt in diesem Rahmen nur die Pflicht für den Staat, das heißt für die anderen zu arbeiten. Egoismus und Selbsthilfe soll durch Altruismus und Nächstenhilfe ersetzt werden. Das ist der Grundgedanke bei jeder Sozialisierung, wobei es gleichgültig bleibt, ob sie mehr oder weniger weit geht. Sie verlangt also als erste Voraussetzung eine Umgestaltung der menschlichen Natur, die nicht durchführbar ist. Gewiß ist der Altruismus eine menschliche Eigenschaft, die sich im sozialen Zusammenleben herausgebildet hat, und in gewissem Umfange kann kein Gemeinwesen diese Eigenschaft entbehren, aber zu ihrer Betätigung gehört Veranlagung und Eignung. Es ist nicht jedermanns

Sache vorwiegend für andere Interessen zu arbeiten. Vielleicht wird die Menschheit im „tausendjährigen Reich“ einmal so weit sein. Bis dahin aber ist der Mensch zunächst egoistisches Wesen, und Altruismus kann als „Bürgerpflicht“ von ihm nicht gefordert werden. Wie überall im Wirtschaftsleben die Grenzen für die geltenden Prinzipien fließende sind, so gilt das auch für die Sozialisierung. In beschränktem Umfange hat es zu allen Zeiten mehr oder weniger ausgebaute Sozialisierungen einzelner der Gemeinschaft besonders am Herzen liegender Lebenszweige im Staatswesen gegeben, meist allerdings in der Form staatlicher Monopole. Insofern ist auch — wohlverstanden in ganz beschränkter Dosis, die nach den verschiedenen Zeiten verschieden stark bemessen sein kann — eine Sozialisierung möglich, niemals aber darf sie in Konflikt kommen mit der unmittelbarsten Lebensbetätigung jedes Einzelnen, mit der Sorge für das tägliche Brot, für Nahrung und Kleidung. Das ist aber der Fall bei der herrschenden Zwangswirtschaft.

Die Zwangswirtschaft setzt an Stelle der Kraft der Selbsthilfe aller Einzelwesen der Wirtschaftsgemeinschaft, die in ihrem Zusammenspiel das natürliche Leben der Volkswirtschaft ausmacht, zunächst die Kraft, über die der Altruismus verfügt. Die Selbstlosigkeit, der Opferwille für das Ganze mag in Augenblicken des Aufflammens nationaler oder religiöser Begeisterung staunenswerte Leistungen hervorbringen. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß diese Impulse sich rasch erschöpfen und niemals zu einem Dauerzustande werden können. Der Krieg hat uns auch das gezeigt. Als treibende Kraft für die Organisation einer Volkswirtschaft ist daher die Nächstenhilfe der Selbsthilfe unendlich unterlegen. Die Zwangswirtschaft, die auf sie aufbaut, kann also entsprechend der schwächeren, sie treibenden Kraft auch nur wesentlich geringere Leistungen aufweisen, als das normale Wirtschaftsleben. Handelt es sich um die Versorgung des Volkes mit den notwendigsten Bedarfsartikeln und Lebensmitteln, so wird also die Zwangswirtschaft nicht entfernt alle die Versorgungsmöglichkeiten ausschöpfen, die die Selbsthilfe aller Einzelnen ausfindig machen würde. Sie wird auch nicht entfernt die Bedürfnisse in dem Maße befriedigen können, wie es die Selbsthilfe auch unter beschränkten Verhältnissen noch vermag. Dazu kommt, daß dieser Mangel der Zwangswirtschaft allgemein und von jedem Einzelnen empfunden wird, daß die allgemeine praktische Opposition sofort hervorbricht und daß jeder Einzelne mit dem Gefühl des Rechts versuchen wird, sich dem Zwang, der ihn nicht genügend unterhält, zu entziehen. Der alte Trieb zur Selbsthilfe durchbricht gleichzeitig an allen Enden mit Macht die gezogenen Schranken. Nur: „was sonst in Ehren stünde, es ist jetzt worden Sünde.“ Die Selbsthilfe wird Verstoß gegen das herrschende Gesetz der Zwangswirtschaft, sie wird auf den Weg der Gesetzesüberschreitung, des Schleichhandels getrieben. In normalen Zeiten besteht zwischen der erlaubten Selbsthilfe und ihren unsozialen, durch das Gesetz verbotenen Formen eine scharfe Scheidung. Da jeder auf normalen Wegen seine Bedürfnisse befriedigen kann, bedarf er der unerlaubten Wege nicht, und diese Tatsache ist die Grundlage für die Geltung aller Geschäftsmoral. Wird die Selbsthilfe als solche in das Gebiet des Ungeleglichen verwiesen, so fällt jede Schranke zwischen moralischer und unmoralischer Selbsthilfe. Einen Unterschied zwischen normalem Handel und Wucher

gibt es nicht mehr. So wird die Zwangswirtschaft die Ursache der allgemeinen wirtschaftlichen Demoralisation. Wir haben diese Erscheinung in erschreckendem Maße in den letzten Jahren kennen gelernt. Die Zwangswirtschaft hat auch aus den vorhandenen Mitteln nur vermocht, einen Bruchteil an sich zu ziehen, einen Bruchteil, der völlig unzureichend ist, um die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Die Selbsthilfe erwies sich als unentbehrlich, der Schleichhandel wurde notwendiges Ergänzungsmittel für die Versorgung von Volk und Staat. Und in steigendem Maße muß er wesentlich gebildet werden. Die sonst im Wirtschaftsleben regulierend wirkende Macht des geschäftlichen Anstandes ist aber bei ihm ausgeschaltet. Die Folge ist, daß die Allgemeinheit in ganz anderer Weise als in normalen Zeiten dem Bucher und der Ausbeutung mehrlos preisgegeben ist.

Die Schwäche des altruistischen Prinzips als treibende Macht für die Zwangswirtschaft wurde aber von Anfang an von den Organisatoren der Zwangswirtschaft erkannt. Rathenau erzählt in seinem oben zitierten Vortrage, daß lange Erörterungen darüber stattgefunden haben, ob man die Zwangsorganisationen bürokratisch, das heißt als Behörden, oder kaufmännisch organisieren soll, es sei aber die Erkenntnis durchgedrungen, daß die kaufmännische Organisation die größere Leistungsfähigkeit besitze. Das ist richtig. Eine reinbehördliche Organisation würde sicherlich noch wesentlich geringere Erfolge und wesentlich höhere Verderb- und Verlustziffern aufzuweisen haben. Aber es darf nicht verkannt werden, daß auch die kaufmännische Organisation unter dem Gesichtspunkt der Gesamtversorgung eines Volkes eine bedeutend geringere Leistungsfähigkeit hat, als das freie Spiel aller Kräfte bei der erlaubten Selbsthilfe. Während bei der letzteren die Befriedigung des Bedürfnisses überall im Vordergrund steht und der Handel hierbei nur eine Mittlerrolle spielt, bleibt bei der ersteren unter Ausschaltung der Selbsthilfe nur die spezifische den Handel belebende Kraft als Triebkraft übrig. Das aber ist letzten Endes in jeder Handelsorganisation, auch den monopolistischen, die für Staatszwecke geschaffen sind, nur das Gewinninteresse. Das Interesse der allgemeinen Versorgung tritt dabei in zweite Linie. Bei der Gewährung der Kriegsgesellschaften fällt daher überall eine zu starke Betonung der Preispolitik, der Monopolinteressen der Gesellschaft und der Sorge um den Gewinn auf. Während der ganzen Jahre der Zwangswirtschaft sind die Zeitungen voll von Klagen hierüber. Wir haben es dabei mit einer notwendigen Folge der kaufmännischen Ausgestaltung zu tun.

Der Kaufmann ist immer nur auf die Vermittlung der Waren, auf den Absatz eingestellt. Die Produktion selbst liegt ihm, namentlich bei landwirtschaftlichen Produkten, völlig fern. Soweit also Versorgungsinteressen berücksichtigt werden, sind es diejenigen der Abnehmer, nicht diejenigen der Lieferanten. Die Folge ist, daß unter den verschiedenartigen Bedarfsinteressen bei der Geschäftsführung der kaufmännischen Kriegsgesellschaften die Interessen der Konsumenten weitaus denjenigen der Produzenten vorgehen. Die Produktion wird vernachlässigt zugunsten der Konsumenten. Gewiß dürfte dies bei ernster Überlegung nicht der Fall sein; denn indirekt wird jede Schädigung des Produzenten auch eine Schädigung des Konsumenten in der Zukunft. Doch es liegt wieder in der Natur des kaufmännischen Geschäftes, daß

es sich nur mit dem augenblicklich erforderlichen Absatz befaßt. Ein Aufbauen für künftige Zeiten liegt ihm fern. Die Deckung des augenblicklichen Bedarfs ist die Hauptsache. Als typisches Beispiel soll in diesem allgemeinen Rahmen nur die häufig erfolgte Zuführung des Saatgutes zum Verzehr angeführt werden, Maßnahmen, die ohne kaufmännische Organisation kaum möglich gewesen wären und die der Produktion unschätzbaren Schaden zugefügt haben. Diese nicht genügende Beachtung der Bedürfnisse der Produktion führt notwendig zum Raubbau, das heißt zur Untergrabung der Leistungsfähigkeit der Produktion in der Zukunft. Den Satz „après nous le déluge“ kann man als Motto über manche unserer Kriegsgesellschaften schreiben.

Und ferner: die kaufmännische Organisation arbeitet sparsam nur dann, wenn sie durch die Konkurrenz dazu genötigt wird, wenn die Gefahr besteht, daß der Konkurrent durch wirtschaftlicheres Gebahren billiger liefern kann und sie dadurch bedroht. Dann holt sie durch größte Schonung und Sorge für die Erhaltung der Vorräte und durch größte Ersparnis im Betriebe alle Gewinnmöglichkeiten aus dem Unternehmen heraus. Bei jeder Monopolwirtschaft aber erschläft die Energie nach dieser Richtung. Ausgaben und Verluste können ja ohne weiteres durch höhere Preisberechnung ausgeglichen werden. Darum ist die so viel in der Öffentlichkeit gerügte Üppigkeit unserer Kriegsgesellschaften, Üppigkeit in der Ausstattung und in den Gehältern, sowie in der Fülle des Personals, eine notwendige Erscheinung des kaufmännischen Monopolbetriebes. Auf demselben Brett steht die erschreckende Höhe der Verlustziffern unserer Kriegsgesellschaften. Der Verderb an Lebensmitteln und Waren aller Art ist bei den Kriegsgesellschaften im Durchschnitt höher, als bei einem schlechtgeleiteten kaufmännischen Betriebe im Frieden.

Endlich darf auch ein wichtiger Punkt nicht unerwähnt bleiben, wenn man auch seine Berührung ganz besonders empfindlich aufzunehmen pflegt. Der kaufmännische Betrieb arbeitet nicht mit Beamten, sondern mit Kaufleuten. In normalen Zuständen sorgt die freie Konkurrenz und der Selbsterhaltungstrieb des Unternehmens, das heißt das Gewinninteresse, dafür, daß der Beamtenapparat zuverlässig, das heißt ehrlich, ohne Verfolgung eigener Gewinninteressen arbeitet. In unserer Zwangswirtschaft wird der gesamte Kaufmannsstand zu Angestellten. Er ist gewöhnt, auf eigene Rechnung zu arbeiten und für sich selbst jede Gewinnchance wahrzunehmen. Nun soll er sich mit fest bemessenem Einkommen oder prozentualem Profit begnügen, obgleich sowohl im Auslande, wie im inländischen Schleichhandel überall Gelegenheiten zu großem Gewinn bei Veräußerung der Ware auf eigene Rechnung liegen. Die Konkurrenz wirkt bei der Monopologesellschaft nicht als Druck im Sinne einer Reinigung. Es ist auch nicht möglich, neben jeden Agenten und Aufkäufer einen Polizisten zu stellen, ganz abgesehen davon, daß er sich mit ihm sehr bald verständigen würde. So findet die Korruption in die Kriegsgesellschaften Eingang in einem Umfange, wie sie in normalen Zeiten nie in einem kaufmännischen Unternehmen beobachtet werden kann. Die untadelige Haltung der Zeitung und ihre energischsten Bemühungen werden es niemals erreichen, diese Korruption abzustellen. Die Presse der Kriegsjahre ist voll von Skandalen der Kriegsgesellschaften. Dort, wo Betrügereien aufgedeckt wurden, mag in jedem Falle in rigorosester Weise durchgegriffen worden sein.

Man hat oft die Entschuldigung gehört: in einer so großen Organisation sind selbstverständlich auch unlautere Elemente vorhanden. Daß es zahllose, ehrenhafte Mitarbeiter gibt, ist selbstverständlich; und ihnen soll nicht zumaße getreten werden. Aber man darf nicht vergessen, daß erfahrungsgemäß nur ein ganz geringer Bruchteil von Straftaten aufgedeckt wird. Im Frieden gab es hierüber eine Statistik. An diesem Grundsatz gemessen wächst doch die Vermutung, daß der Umfang des unlauteren Gebahrens von Angestellten, besonders von Aufkäufern und Agenten, ein außerordentlicher ist, zumal in einer Zeit, wo der Schleichhandel das notwendige Korrelat der Zwangswirtschaft geworden ist. Zum guten Teil wird der Schleichhandel von Angestellten der Kriegsgesellschaften gespeist. Und so arbeitet die Zwangswirtschaft selbst mit Macht an ihrem Untergang.

Wir haben im Vorhergehenden die Unterlegenheit der Zwangswirtschaft gegenüber dem freien Spiel der Kräfte erörtert, die daraus folgt, daß die Selbsthilfe ausgeschaltet ist und an ihrer Stelle als treibende Kraft des Wirtschaftslebens das einseitige kaufmännische Interesse proklamiert wurde. Um die Schwächen der Zwangswirtschaft klar zu erkennen, ist es aber auch noch notwendig, auf einen anderen Umstand hinzuweisen, der ihre geringere Leistungsfähigkeit bedingt. Das ist die durch sie gebotene Zentralisation. Im normalen Wirtschaftsleben erfolgt die Anordnung und Durchführung jeder wirtschaftlichen Maßnahme aus der Wirtschaft, auf die sie sich bezieht, selbst heraus, von ihrem Eigner, Verwalter, Geschäftsführer usw. Sie verfolgt unter intimer Kenntnis aller lokalen Verhältnisse, unter engster Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, unter zweckmäßiger Eingliederung in all die zahllosen Beziehungen, durch welche jede Einzelwirtschaft mit der Umwelt verknüpft ist, und die ausschließlich aus dieser Einzelwirtschaft heraus gesehen und mit ihren Bedürfnissen in Beziehung gesetzt werden können. Die Zwangswirtschaft will das wirtschaftliche Leben nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln, sie gibt eine Fülle von generellen Anweisungen, nach denen die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaften vor sich gehen soll. In wenigen Jahren sind diese Bestimmungen zu einem unübersehbaren Wust angeschwollen. In den letzten Jahren hat der Gedanke von der „Mechanisierung des Wirtschaftslebens“, dessen Verkünder Rathenau in seinen Schriften gewesen ist, manche Verwirrung angerichtet. Er mag auch bei der zentralen Organisation unserer Zwangswirtschaft mitgespielt haben. Der Gesichtspunkt, daß jede wirtschaftliche Unternehmung, ob Gesellschaft oder Einzelunternehmen, eine Individualität darstellt, genau (so wie der einzelne Mensch, kommt bei dieser Lehre zu kurz. Bei der industriellen Unternehmung mag ein Schablonisieren noch in gewissem Umfange erträglich sein, als allgemeiner Wirtschaftsgrundsatz wirkt es vernichtend. Man beobachte doch einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb, und auf den landwirtschaftlichen Betrieb kommt bei der Zwangswirtschaft letzten Endes alles an, paßt sie nicht zu ihm, so geht sie überhaupt nicht, denn er bildet als Nahrungserzeuger die Grundlage aller Wirtschaften. Es gibt nicht einen landwirtschaftlichen Betrieb, der einem anderen in jedem Punkte gleicht. Seine Produktionsbedingungen weisen unendliche Verschiedenheiten auf: im Werte und der Fähigkeit des Bodens, in seinen Verkehrsbedingungen (der Lage zur Stadt, den Bezugsquellen und den Absatzmöglichkeiten), in den Möglichkeiten Vieh zu erhalten und zu ernähren, ja in dem augenblicklichen Gesundheitszustande des

Viehes und nicht zuletzt in den ganz individuellen Qualitäten und Fähigkeiten des Leiters und der Arbeiter. Und all diese Bedingungen, die fest an die Scholle gebunden sind und nur in ganz geringem Maße einer Änderungsmöglichkeit unterliegen, sind tausendfältig unter einander verflochten und bedingen eine die andere. Und alle zusammen bewirken, daß jede einzelne Landwirtschaft ein ausgeprägtes, ganz individuelles Gesicht hat, und richtig geleitet werden kann nur durch denjenigen, der mit all ihren Bedingungen vertraut ist, der in sie hineingewachsen ist. Nun denke man einem Wirtschaftsleben gegenüber, das sich aus solchen Wirtschaftsindividuen zusammensetzt, unsere Zwangswirtschaft mit ihrer Unzahl von Wirtschaftsarrangements. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß nicht eine einzige dieser Wirtschaftsarrangements auf alle landwirtschaftlichen Betriebe paßt. Immer geht sie nur vom grünen Tisch aus. Mit generellen Anweisungen läßt sich der Landwirtschaft gegenüber überhaupt nur vom grünen Tisch aus arbeiten. Eine jede solche Anordnung greift in zahllose Wirtschaften störend ein. Solange der Landwirt kann, widersteht er sich durch Selbsthilfe, indem er die Anordnung nicht ausführt. Wird er dazu gezwungen, so leidet seine Wirtschaft Schaden, seine Produktion wird geschwächt. Nehmen wir als Beispiel den einfachsten Fall der Ablieferung des geernteten Getreides. Wie ich es in Belgien kennen gelernt habe, gibt es zahlreiche Landwirte, die in einem festen Verhältnis zu einem bestimmten Getreidehändler stehen, der ihnen die Ernte zum frühesten möglichen Termin abnimmt. Auf dieses individuelle Verhältnis hat der Landwirt seine Wirtschaft aufgebaut, indem er sich die Kosten für Lagerräume gespart hat. Eine Verzögerung der Abnahme bedeutet für ihn Verderb der Ernte. Andere Wirtschaften haben sich infolge der bei ihnen notwendigen Arbeiten für andere Feldfrüchte auf möglichst späte Ablieferung eingestellt. Nun kommt die Druschprämie oder, wie wir es ja auch gehabt haben, gar ein befristeter Ablieferungszwang. Der Landwirt, der der Strafe entgehen will, oder sich durch die niedrigen Preise verleiten läßt, nach der Druschprämie zu streben, wird dadurch gezwungen, die Arbeiten für die anderen Feldfrüchte zu verschieben. Eine Umgestaltung des Anbauplanes, ja unter Umständen Rückgang der Anbaufläche für wichtige Volksernährungsmittel ist möglicherweise die Folge. Dabei ist die Druschprämie noch eine verhältnismäßig ungefährliche Maßnahme. Ganz anders sah es mit den Eingriffen in die Viehwirtschaft, mit der Rationierung des Selbstverbrauchs, der Futtermittel und des Saatgutes aus. Doch auf Einzelheiten soll hier nicht weiter eingegangen werden. Es genügt festzustellen, daß keine generelle Anordnung denkbar ist, die nicht für eine Unzahl von Wirtschaften unzutraglich wäre, das heißt bei ihrer Durchführung die Produktion dieser Wirtschaften schädigte. Dieser Schädigung, die letzten Endes immer in einem Produktionsrückgang zum Ausdruck kommt, steht für andere Wirtschaften keinerlei Vorteil gegenüber. War die angeordnete Maßnahme für eine andere Wirtschaft vorteilhaft, so war sie von dieser Wirtschaft selbst schon längst ergriffen. So kommen wir zu dem erschreckenden Resultat, daß jede Anordnung der Zwangswirtschaft im letzten Erfolg einen Abstrich von der Produktion der Gesamtwirtschaft bedeutet. Je länger die Zwangswirtschaft dauert, je weiter sie ausgebaut wird, desto verheerender wird ihre Wirkung. Das Wirtschaftsleben kann zentral nicht gelenkt werden, sondern immer nur individual. Der Erfolg der Zwangswirtschaft

bei längerer Dauer bedeutet notwendigerweise eine Aufzehrung der Wirtschaftswerte, ein Versiegen der Produktion. Das ist der notwendige Erfolg des Systems, welches die Gesetze des Wirtschaftslebens nicht beachtet.

Wir haben in diesem Aufsatz zunächst rein theoretisch die Inferiorität und wirtschaftszerstörende Wirkung der Sozialisierung oder Zwangswirtschaft nachzuweisen versucht. Die Frage, ob die Zwangswirtschaft vermeidbar war oder nicht, bleibt dabei gänzlich aus dem Spiel. Sie interessiert heute nicht mehr. Notwendig aber ist die Erkenntnis, daß der gegebene Weg ins Verderben führt.



Der Arbeiter und die Maschine

Von Albert Bencke (München)



Arbeiter und Maschine sind bisher Feinde gewesen; denn die Maschine, die dem Menschen ein Helfer und Erleichterer seines Daseins sein sollte, beraubte den Arbeiter seines Menschseins, unterdrückte ihn und machte ihn zu ihrem Knechte und zum Knechte dessen, der die Maschine besaß; was Wunder, wenn nun der Arbeiter das Ziel seiner Wünsche erst dann erreicht sieht, wenn er sich selber zum Herrn der Maschine gemacht hat. So aber wurde die Frage nach dem Verhältnisse des Arbeiters zur Maschine, die im Wesen eine ethische Frage ist, zu einer rein wirtschaftlichen und politischen, die mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln ausgekämpft wird. Diese Kampfweise hat ihre Berechtigung, sie war zurzeit vielleicht die einzige, die etwas leisten konnte, aber das erstrebte Ziel, die Harmonisierung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Maschine kann damit nicht herbeigeführt werden, wenn nicht gleichzeitig eine ethische Neueinstellung des Arbeiters zu seiner Arbeit und zu seinem Werkzeuge, der Maschine, eintritt; eine ethische Neueinstellung, der allein die vollberechtigte gesellschaftliche Stellung des Arbeiters innerhalb eines neu zu erbauenden Gesellschaftsorganismus gewährleisten kann. Im deutschen Arbeiter allein aber scheinen uns die seelischen und geistigen Voraussetzungen vorhanden zu sein, die eine solche ethische Wendung anzubahnen vermögen und da die Zukunft der gesamten Kultur Menschheit auf dieser ethischen Neuformung beruht, so tritt die Aufgabe der Deutschen für die Welt im Sinne Richters an dieser Stelle deutlich hervor. Die Erkenntnis dieser Aufgabe wäre aber ohne das unserm Zusammenbruche folgende gährende Neugefaltenwollen nicht möglich gewesen und so liegt denn hier der Punkt, der auch den über diesen Zusammenbruch trauernden Patrioten mit dem Stand der Dinge zu versöhnen vermöchte.

Die Grundforderung, die wir formulieren, geht also auf die ethische Neueinstellung des Arbeiters zur Maschine, deren Voraussetzung allerdings die wirtschaftliche Individualisierung des Arbeiters ist, die sich an Stelle des ökonomischen Massenindividualismus setzt, welche bisher den Arbeiter zu einer Funktion am Wirtschaftsmechanismus herabgedrückt hat. Diese Voraussetzung ist heute gegeben;